

2. Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung

Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke (u.a. Kontodaten im Rahmen eines SEPA-Lastschriftmandates oder für Erstattungen) erteilt wurde, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die erteilte Einwilligung.

5) **Kategorien der personenbezogenen Daten**

Durch den zuständigen Fachbereich werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

Vor- und Nachname; Adresse ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummern, E-Mail-Adresse, Kassenzeichen, Bankverbindung, Firmen oder andere Unternehmens- oder Gesellschaftsbezeichnung, Handelsregisternummer, Vor- und Nachname des/der(gesetzlichen) Vertreter(s), des /der Bevollmächtigte(n), des/der Geschäftsführer(s), des/der Gesellschafter, Steuernummer

Die personenbezogenen Daten werden in der Regel durch den Betroffenen selbst, z.B. durch Anträge, Formblätter erhoben.

Sind Sachverhalte nicht mit Hilfe der Betroffenen aufzuklären oder verspricht eine Nachfrage keinen Erfolg, dann können die betreffenden personenbezogenen Daten auch durch Nachfragen bei Dritten eingeholt werden (z.B. Finanzämtern, Bundeszentralamt für Steuern, SCHUFA Holding AG).

Zudem können öffentlich zugängliche Informationen, z.B. aus öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen verarbeitet werden.

6) **Empfänger der Daten**

Die von der Stadt Hagenow erhobenen bzw. bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen nur entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung und des Datenschutzgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesdatenschutzgesetz- DSG M-V) nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben werden, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

7) **Übermittlung der Daten in ein Drittland**

Eine Weitergabe der erhobenen/erhaltenen Daten in ein sicheres Drittland findet nicht statt. Die Übermittlung an eine internationale Organisation findet ebenfalls nicht statt.

8) **Art der Datenverarbeitung**

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im weitgehend automationsgestützten Verfahren erfolgt zumeist in maschinellen Verfahren der Erhebung der Gebühren und sonstigen Forderungen.

Es werden dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt, um die personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Veränderung, Vernichtung bzw. Verlust sowie gegen unbefugte Offenbarung oder unbefugten Zugang zu schützen.

9) **Speicherdauer**

Die betreffenden personenbezogenen Daten dürfen gespeichert werden, um sie für künftige rechtliche Verfahren zu verarbeiten sowie im Vollstreckungsverfahren zu verarbeiten.

Des Weiteren werden die Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung gespeichert.

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies für das jeweilige Verfahren erforderlich ist. Maßstab hierfür sind insbesondere die Verjährungsfristen gemäß Verwaltungskostengesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz sowie Bürgerliches Gesetzbuch.

10) **Rechte der Betroffenen**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es

sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung, wobei der Widerruf die Rechtmäßigkeit der bis dahin aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt (Art.7, Abs. 3 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO).

11) **Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde**

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Mecklenburg- Vorpommern
Werderstraße 74a
19055 Schwerin
Tel.: 0385- 59494-0
E-Mail: info@datenschutz-mv.de